

19.05.2020

## **Beschlussempfehlung**

**des Ausschusses Europa und Internationales**

zu dem Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/8891

**Die Klimadiplomatie der EU voranbringen und die diplomatischen Beziehungen  
Nordrhein-Westfalens klimapolitisch ausrichten**

**Berichterstatter:** Abgeordneter Dietmar Brockes

### **Beschlussempfehlung:**

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 17/8891 - wird abgelehnt.



## Bericht

### A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 17/8891 - wurde vom Plenum in seiner Sitzung am 1. April 2020 an den Ausschuss für Europa und Internationales überwiesen.

Aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe der Europäische Rat die EU-Kommission sowie den Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik im Dezember 2019 aufgefordert, „der Klimadiplomatie besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Im Januar 2020 habe der Europäische Rat diesen Punkt weiter ausformuliert und die Klimadiplomatie zu einer „zentralen Priorität der europäischen Diplomatie“ erklärt.

Ziel der diplomatischen Beziehungen der EU solle demnach sein, Drittstaaten zu stärkeren und gemeinsamen Anstrengungen im Klimaschutz zu bewegen. Dazu würden in erster Linie eine Aktualisierung der national festgelegten Beiträge zur Erreichung der Klimaschutzziele nach dem Abkommen von Paris sowie die Entwicklung geeigneter Strategien zur CO<sub>2</sub>-Emissionsreduktion zählen. Ein besonderes Augenmerk liege hierbei auf den Staaten der G20, die nicht der EU angehören, jedoch maßgeblich für den weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoß verantwortlich seien. Umgekehrt werde eine besonders intensive Zusammenarbeit mit den am meisten vom Klimawandel betroffenen Entwicklungsländern und Inselstaaten angestrebt, um diese in ihren Bemühungen zur Anpassung an Klimawandelfolgen zu unterstützen.

Die europäische Klimadiplomatie biete also gleichermaßen die Chance, den schwächsten Staaten solidarisch unter die Arme zu greifen sowie gemeinsam mit anderen Verursacherländern an der Einhegung der Klimakrise zu arbeiten. Neben dem Hohen Vertreter und der EU-Kommission seien nun auch die Mitgliedsstaaten aufgefordert, bis Juni 2020 einen gemeinsamen strategischen Ansatz für die Klimadiplomatie zu erarbeiten, der konkrete Maßnahmen zur Umsetzung enthalte. Dabei würden nicht nur die nationalen Regierungen aufgerufen zu handeln, auch von lokalen und regionalen Behörden, der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft würden mehr Maßnahmen eingefordert.

Um diesem Anspruch gerecht zu werden, könne die europäische Klimadiplomatie an mehreren Punkten ansetzen. Im Bereich der CO<sub>2</sub>-Vermeidung müsse die EU darauf hinwirken, die Kompatibilität ihres Emissionshandelssystems – ohne Qualitätsabsenkungen – mit den Systemen möglichst vieler anderer Staaten und Wirtschaftsräume zu erreichen, insbesondere mit dem Chinas. Des Weiteren müsse die EU den Ausbau der erneuerbaren Energien nicht nur innerhalb ihrer Mitgliedsstaaten fördern, sondern auch dort, wo sich regenerative Energie besonders effizient erzeugen lasse. Zu einer überzeugenden, nachhaltigen Klimadiplomatie gehöre für die EU daher eine Kooperation auf Augenhöhe mit den Nachbarländern im Osten und insbesondere mit Nordafrika. Denn hier biete sich das Potenzial, saubere Energie für Europa zu beziehen, bei gleichzeitiger Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Erzeugerländern. Auch für die Erforschung und Weiterentwicklung der Erzeugung und Nutzung von grünem Wasserstoff biete die engere Zusammenarbeit mit diesen Ländern große Chancen. Entsprechend wolle Deutschland dies zu einem Schwerpunkt der EU-Ratspräsidentschaft machen. Darüber hinaus müsse sich die EU an einem Wissens- und Techniktransfer zur Klimafolgenanpassung beteiligen und besonders betroffene Länder und Regionen dadurch noch stärker als bislang unterstützen.

NRW könne einen entscheidenden Beitrag zum Erfolg der europäischen Bemühungen in der Klimadiplomatie leisten. Als bevölkerungsreiche Wirtschaftsregion im Herzen Europas könne NRW seinen Einfluss insbesondere über wirtschaftliche Kooperationen geltend machen,

beispielsweise auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien. Gleichzeitig stünden der Landesregierung zahlreiche politische Wege offen, sich für die klimapolitischen Interessen des Landes einzusetzen. So könne das Land über den Bundesrat und die Europaministerkonferenz entscheidenden Einfluss auf die Vorbereitungen wichtiger Gipfeltreffen ausüben, die die EU in diesem Jahr plant, unter anderem mit China, Japan, der Afrikanischen Union und Indien. Ebenso könne es auf diesem Wege an der Entwicklung des strategischen Ansatzes in der Klimadiplomatie auf EU-Ebene mitwirken.

Gleichzeitig solle eine nordrhein-westfälische Klima- und Energiediplomatie zum festen Bestandteil der Beziehungen zu den Benelux-Staaten werden. Weiterhin unterhalte NRW enge diplomatische Beziehungen zu zahlreichen Partnerregionen weltweit, beispielsweise in den USA, China und Afrika. Dieses Potenzial müsse die Landesregierung nutzen, indem sie die energie- und klimapolitischen Interessen unseres Landes wirksam in alle ihre diplomatischen Beziehungen einfließen lasse.

Der Landtag möge daher beschließen:

*Der Landtag fordert die Landesregierung auf,*

- 1. die klimadiplomatischen Bestrebungen der EU zu unterstützen, indem sie im Rahmen der Europaministerkonferenz und des Bundesrates bei der Vorbereitung wichtiger diplomatischer Ereignisse, wie beispielsweise dem EU-China-Gipfel 2020 in Leipzig, eine Schwerpunktsetzung im Bereich der Klimapolitik einfordert.*
- 2. aktiv an der Entwicklung eines strategischen Ansatzes für die Klimadiplomatie auf europäischer Ebene mitzuwirken und auf die Festschreibung wirksamer Instrumente und Maßnahmen hinzuarbeiten.*
- 3. die Energie- und Klimadiplomatie zu einem wesentlichen Bestandteil ihrer eigenen diplomatischen Beziehungen zu verstetigen, insbesondere in der Zusammenarbeit mit den Beneluxstaaten und den Partnerregionen NRW innerhalb und außerhalb Europas.*
- 4. den Landtag regelmäßig, mindestens jedoch einmal jährlich, über den Zustand und die Wirksamkeit ihrer klimadiplomatischen Bemühungen zu unterrichten.*

## **B Beratung und Abstimmung**

In seiner Sitzung am 8. Mai 2020 hat der Ausschuss für Europa und Internationales den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 17/8891 - abschließend beraten und mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Dietmar Brockes  
Vorsitzender